



Anlässlich der 24. UN-Klimakonferenz in Katowice nimmt die Hochschüler\*innenschaft an der Universität für Bodenkultur Wien zur Klima- und Energiestrategie der österreichischen Bundesregierung wie folgt Stellung:

Als Studierende an der "Universität des Lebens" hätten wir uns gerne gefreut, dass es nun seit Ende Mai wieder eine Klima- und Energiestrategie in Österreich gibt. Zwar finden sich in der Strategie auch einige positive Ansätze, in Anbetracht der wichtigsten Überlebensfrage unserer Gesellschaft, dem Umgang mit der Klimakrise, fallen diese aber leider viel zu oberflächlich aus. So gibt es zwar das langfristige Ziel der Dekarbonisierung bis 2050, wie dieses jedoch schrittweise erreicht werden soll, bleibt gänzlich offen. Oft bleiben Aussagen zudem für Leser\*innen in vielerlei Hinsicht frei interpretierbar, da in dem Papier schwammige Begrifflichkeiten verwendet werden und auf erst zu erstellende weitere Strategien verwiesen wird. Besonders erstaunt uns als Studierende an der BOKU, dass die Landwirtschaft in der Strategie nur äußerst rudimentär behandelt wird.

Obwohl es in der Strategie eigentlich ein klares Bekenntnis zu internationalen und europäischen Klimazielen gibt, scheint Österreichs Beitrag zur Erreichung des 1,5° Zieles mit den in dem Papier vorgestellten Maßnahmen dennoch verschwindend klein zu werden und sich auf das rechtlich minimal Erforderliche zu begrenzen. Es drängt sich für uns damit die Frage auf, ob es bei der Strategie jemals um die tatsächliche Bekämpfung der Klimakrise ging oder doch von Beginn an nur Marketing- und Alibiinteressen bedient werden sollten. Schließlich hat nicht nur der letzte IPCC-Bericht bereits darauf aufmerksam gemacht, dass es deutlich mehr Anstrengungen zur Zielerreichung bedarf, auch schon während der Erstellung der Strategie haben zahlreiche Wissenschaftler\*innen darauf hingewiesen, dass die Pläne der Regierung nicht ausreichend Treibhausgase einsparen werden.<sup>1</sup> Aber selbst bei den laschen Maßnahmen der Strategie fehlt es für eine realistische Umsetzung an klaren Instrumenten, Finanzierungsaufschlüsselungen und zeitlichen Etappenzielen.

Daher sehen wir als Student\*innen an der Universität für Bodenkultur Wien die Notwendigkeit für mehr Mut und einen echten Systemwandel dringend gegeben. Die nahende Klimakonferenz in Katowice wäre eine gute Gelegenheit die Klima-Notbremse zu ziehen und Österreich am besten ab morgen wieder zu einem echten Umweltmusterland zu machen. Es muss klar sein, dass eine Klima- und Energiestrategie nämlich nur dann Sinn macht, wenn die Klimakrise auch von der gesamten Regierung tatsächlich als umfassendes und drängendes Gesellschaftsproblem anerkannt wird, das genau jetzt radikaler Maßnahmen bedarf. So ist es auch höchste Zeit, dass Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit auf allen Ebenen zusammengedacht werden, nicht nur weil in Armut oder prekär lebende Menschen deutlich stärker von Folgen der Klimakrise betroffen sind und vielerorts Kriege um fossile Energieträger geführt werden, sondern auch, weil es um grundsätzliche Generationengerechtigkeit geht. Klimaschutz darf niemals eine Frage von Wirtschaftswachstum, Machtverhältnissen oder Verwertung zu Gunsten des vorherrschenden Wirtschaftssystems sein. Strukturellen und umfassenden Klimaschutz abzulehnen und gegen andere Interessen auszuspielen, verleugnet die fundamentalen Auswirkungen einer Klimaveränderung. Es geht um die grundsätzliche Überlebensfrage der Menschheit. Hier nur das Mindeste zu tun, darf und kann keine Option sein.

---

<sup>1</sup> [https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen\\_IPCC\\_SR15.pdf](https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_IPCC_SR15.pdf);

Im Moment lässt sich in dem Papier der Regierung leider kaum ein Mehrwert für die aktuelle Klima- und Energiepolitik in Österreich erkennen. Einerseits erscheinen die geplanten Maßnahmen weder geeignet noch detailliert genug, um der Klimakrise Grundlegendes entgegenzusetzen, andererseits lässt sich bereits jetzt feststellen, dass das Wenige, das in der Klima- und Energiestrategie als Leitbild festgeschrieben wurde, nicht umgesetzt wird. Im Folgenden wollen wir zwei kritische Aspekte der Strategie besonders hervorheben: die Rolle der Wirtschaft und das Auseinanderdriften von Anspruch und Realität.

### **Die Rolle der Wirtschaft**

Beim Lesen der Klima- und Energiestrategie wird bereits nach den ersten Seiten klar, dass alle Klimaziele aktuell der Wertschöpfungs- und Verwertungslogik untergeordnet werden. Auch wenn von einem Ausgleich von Interessen die Rede ist, täuscht in der vorliegenden Strategie nichts darüber hinweg, dass ökologische und soziale Ziele immer nur im Kontext wirtschaftlichen Mehrwerts bedeutend werden. Jedoch sollte klar sein, dass das energieintensive und ausbeuterische Wirtschaftssystem keine nennenswerten Überschneidungen mit einer gerechten und ökologischen Welt und Gesellschaft hat. Trotz drohender Klimakrise werden das Wirtschaftssystem, die vorherrschenden Machtverhältnisse und der internationale Kontext (wie etwa internationale Handelsverträge, Land Grabbing,...) in der Strategie jedoch kein einziges Mal grundlegend hinterfragt - ein umfassender Systemwandel soll verhindert werden. Daher werden auch nur oberflächliche Maßnahmen im Klima- und Energiebereich vorgeschlagen, die das Problem keinesfalls an der Wurzel packen. Stattdessen wird weiter an dem Mantra des sauberen Wirtschaftswachstums festgehalten und das jeweilige Wirtschaftsinteresse gegenüber dem Gemeinwohl bevorzugt. Wie bereits erwähnt, ist für uns ganz besonders verwunderlich, weshalb der Bereich der Landwirtschaft in der Strategie derart unterrepräsentiert ist. Landwirt\*innen spüren die Folgen der Klimakrise bereits jetzt, haben selbst jedoch auch einen nicht vernachlässigbaren Anteil daran - alternative Produktionsweisen und Unterstützungen für einen Umstieg werden mit der vorliegenden Strategie leider aber kaum aufgezeigt.

### **Das Auseinanderdriften von Anspruch und Realität**

Wie schwer es ist die Strategie ernst zu nehmen, zeigt sich insbesondere auch darin, dass das Geschriebene nicht mit der Praxis der Regierung übereinstimmt. Während im Endpapier davon die Rede ist, dass möglichst viele Menschen bei der Mission2030 mitmachen sollen, ist dieser Anspruch an Beteiligung und Partizipation bereits im Zuge der Erstellung der Klima- und Energiestrategie deutlich gescheitert. Bedeutend ist in diesem Zusammenhang auch, dass in der gesamten Strategie kein einziges Mal die Worte "Demokratie/demokratisch" vorkommen und eine Wende hin zu mehr Energiedemokratie offenbar kein Anliegen der Bundesregierung ist. Vielmehr hat es den Anschein, als würde die Regierung das erwartbare Scheitern der Strategie der Bevölkerung und deren Konsumverhalten zuschreiben wollen.

Absolut unverständlich ist zudem der scheinbar allgemeingültige Grundsatz, dass es durch Maßnahmen gegen die Klimakrise zu keinen Mehrkosten kommen dürfe und keinerlei Verbote zur Anwendung kommen sollen. Dadurch macht sich die Regierung selbst handlungsunfähig und der große Wurf zur Lebens- und Naturabsicherung scheitert im Grunde bereits direkt nach Vorstellung der Strategie. Dass vermeintlicher Anspruch und Realität in der Klima- und Energiepolitik drastisch auseinandergehen, zeigen nicht zuletzt allerdings auch die klar klimaschädlichen Projekte, die aktuell von der Regierung forciert werden. Sei es die Dritte Piste am Flughafen Wien-Schwechat, das Staatsziel Wirtschaft, die Waldviertelautobahn, der Lobau-Tunnel, Tempo 140 auf der Autobahn oder die neuen Hürden bei der Mitsprache von NGOs bei Umweltverträglichkeitsprüfungen: Einerseits neue treibhausgasausstoßfördernde Infrastruktur für den klimaschädlichen Individualverkehr zu forcieren und andererseits Umwelt-NGOs mundtot zu machen, ist nicht Klimaschutz-, sondern Klimazerstörungspolitik.

Der ohnehin ungenügende Inhalt der österreichischen Klima- und Energiepolitik wird damit endgültig ad absurdum geführt.

Dass die Strategie auch anders aussehen hätte können, zeigen wir mit einigen alternativen Leuchttürmen auf, die bewusst als Gegenkonzept zu den in der Strategie genannten Leuchtturmprojekten konzipiert sind. Denn noch haben wir - wenn auch in einem engen Zeitraum - die Möglichkeit wirksame Maßnahmen gegen die Klimakrise zu setzen. Dafür müsste auch nicht die Welt neu erfunden, sondern nur bestehende Konzepte mit ausreichend Mut umgesetzt werden. In Anbetracht der drohenden Klimakrise fordern wir diesen Mut von der österreichischen Bundesregierung vehement ein.

Diese Position wurde in einer offenen Arbeitsgruppe von Studierenden an der BOKU verfasst und in der Universitätsvertretung von den Mandatar\*innen beschlossen.

## Alternative Leuchttürme

Die Welt ist voller Lösungen - und die meisten von ihnen könnten wir hier in Österreich sofort umsetzen. Gerade an der BOKU werden durchgehend klimarelevante Themengebiete weiter erforscht und damit viele neue Wege aufgezeigt<sup>2</sup>. Auch wir haben Vorstellungen, wie eine klimafreundliche, sozial-ökologische Transformation in Österreich aussehen könnte. Wichtig ist dabei aber, dass Umweltpolitik ganzheitlich gedacht und umgesetzt werden muss. Einzelne Wohlfühlprojekte werden nicht ausreichen, um eine bevorstehende Klimakatastrophe verhindern zu können. Auch die von uns als Beispiele angeführten Möglichkeiten dürfen keinesfalls als vollständig oder voneinander unabhängig angesehen werden, vielmehr bedingen alle Themenbereiche einander. Folglich kann nur mit einem gesamtheitlichen und systemischen Ansatz eine nachhaltige Zukunft geschaffen werden. In den nächsten Absätzen stellen wir daher nur beispielhaft einige Denkanstöße vor, die zu einer ambitionierteren Klima- und Energiepolitik führen sollen.

- **LANDWIRTSCHAFT & ERNÄHRUNGSSYSTEM**

Der industrielle Strukturwandel ist in Österreich seit langem voll im Gange und fordert seinen hohen Preis. Das Höfesterben führte dazu, dass seit 1995 beinahe ein Drittel der Betriebe verkauft oder verpachtet wurde.<sup>3</sup> Die dann nunmehr unbewirtschafteten Flächen werden meistens von anderen Bäuerinnen und Bauern gepachtet, die Folge ist großräumigere Landwirtschaft, die immer mehr von hohem Kapitaleinsatz und standardisierter Massenproduktion gekennzeichnet ist. Darunter leidet nicht nur die bäuerliche Kleinstruktur, auch die Biodiversität und Widerstandsfähigkeit der Flächen nehmen ab.

Wir fordern daher einen Kurswechsel - hin zu mehr Vielfalt! Gerade als Gegenkonzept zum vorherrschenden wirtschaftlichen System braucht es Vielfalt auf den Feldern und Vielfalt in den Vermarktungs-, Betriebs- und Bewirtschaftungsarten. Denn es bedarf neuer Wege, die aus dem regelrechten Zwang der ständigen Betriebsvergrößerung und Technologisierung befreien. Neben der Nutzung von unterschiedlichen Kulturen und altem, resistenten Saatgut, sollte allgemein auch eine vorausschauende Fruchtfolgeplanung zur Regel werden. Es muss zudem wieder leichter für Bäuerinnen und Bauern werden, ihre Produkte direkt zu verkaufen. Für Hofgemeinschaften, Community Supported Agriculture Projekte, Food coops und Co. braucht es Hilfestellungen und Versicherungsmodelle, die den neuen Strukturen entsprechen.

Nach dem Motto "small is beautiful" sollten die Förderungen für die ersten Hektar Land erhöht werden. Die bisherigen Förderungen pro Hektar lassen die ohnehin schon großen Höfe mit sehr viel mehr Förderungen aussteigen als die kleinen, die sie dringend benötigen würden. Durch eine zusätzliche Subventionierung der ersten Hektar könnte man die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern erhöhen. Wir sehen die integrierte Landwirtschaft als positiven Schritt weg von rein konventionellen Anbauweisen, sehen hierfür aber die Ausarbeitung von europaweiten Richtlinien für unerlässlich. Was die größere Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern sowie die Reduktion von Umweltauswirkungen anbelangt, bleibt die biologische Landwirtschaft jedoch klar das

---

<sup>2</sup> <https://forschung.boku.ac.at/> [Abgerufen am 27.11.18]

<sup>3</sup> <https://www.bmnt.gv.at/land/produktion-maerkte/Agrarstrukturhebung-2016---erste-Ergebnisse-.html>  
[Abgerufen am 24.11.18]

grundsätzlich anzustrebende Ziel, das weiterverfolgt werden sollte.<sup>4</sup> Denn in Österreich ist eine Umstellung auf 100 Prozent biologische Landwirtschaft möglich!<sup>5</sup> An dieser Stelle wollen wir auch auf die Bedeutung der kleineren Höfe für die Pflege des Landschaftsbildes hinweisen - der Tourismus profitiert stark von dem von Almen und Wiesen geprägten Anblick.

### *Frauen\* in der Landwirtschaft*

Frauen\* führen und bewirtschaften Höfe - genauer gesagt werden 31 Prozent der Betriebe aktuell von Frauen\* geführt.<sup>6</sup> Frauen\* stehen in ihrem Alltag aber oft vor Problemen, welche auf die traditionellen Geschlechterrollen zurückzuführen sind. Hofübernahmen gestalten sich für Frauen\* oft schwieriger, auch bei Versicherungsleistungen oder Pensionen werden Frauen\* benachteiligt. Um den ländlichen Raum zu stärken und das Schließen von Höfen zu vermeiden, braucht es hier daher verstärkte Aufklärungsarbeit und klare politische Maßnahmen, um die starren Rollenbilder aufzubrechen, den ländlichen Raum strukturell aufzuwerten und Ungleichheiten zu beseitigen. Die Zeit ist daher reif für feministische Agrarpolitik!

### *Über die Landwirtschaft hinaus*

Landwirtschaft kann nicht ohne das Ernährungs- und Nahrungsmittelsystem gedacht werden. Im Sinne der Förderung von kurzen Wegen zwischen Landwirt\*innen und Konsument\*innen fordern wir deshalb auch hier einen Wandel zu gesundem, saisonalem und regionalem Essen. Nicht zu vernachlässigen ist auch, dass die grundsätzliche Ernährungsweise der Gesellschaft in einen globalen Kontext zu setzen und daher auch klar zu hinterfragen ist. Hier braucht es nicht nur mehr Informations- und Bildungsarbeit auf Seite der Konsument\*innen, sondern es sollte im Sinne des Klimaschutzes auch zu einer allgemeinen Reduktion der Fleisch- und Milchproduktion und der damit oft in Verbindung gebrachten, importierten Futtermittel kommen. In dem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass sowohl aktuell gültige, als auch momentan in Verhandlung stehende internationale (Frei-)Handelsabkommen sowohl aus ökologischer als auch aus sozialer Sicht klar zu hinterfragen sind. Gerade in der Lebensmittelproduktion sollte von problematischen Abkommen Abstand genommen und auch eine Auflösung bestehender Abkommen geprüft werden, da damit aktuell vielerorts Lebensgrundlagen zerstört werden.<sup>7</sup>

Um die landwirtschaftliche Abhängigkeit von Förderungen zu verringern, wäre es zusätzlich zu befürworten, wenn die Lebensmittelpreise die Erzeugungskosten besser widerspiegeln würden. Im Sinne einer Ernährungssouveränität sollten Menschen grundsätzlich auch wieder deutlich mehr Mitsprache bekommen, wie Produktion, Verteilung und Konsum von Lebensmitteln organisiert sind und stattfinden.<sup>8</sup> Mehr Mitbestimmung braucht es dabei insbesondere auch für Bäuerinnen und Bauern selber, gerade kleine und mittlere Familienbetriebe sollten gegenüber Konzernen und großen Supermarktketten in ihrer Entscheidungsfreiheit gestärkt werden.

### *Bodenschutz und Diversität*

---

<sup>4</sup> <http://deacademic.com/dic.nsf/dewiki/658530>;

[http://universal\\_lexikon.deacademic.com/264550/Landwirtschaft%3A\\_Integrierter\\_Landbau%2C\\_%C3%B6kologischer\\_Landbau](http://universal_lexikon.deacademic.com/264550/Landwirtschaft%3A_Integrierter_Landbau%2C_%C3%B6kologischer_Landbau) [Abgerufen am 24.11.18]

<sup>5</sup> [https://www.muttererde.at/motherearth/uploads/2018/05/FiBL\\_gWN\\_-Bericht\\_-100P-Bio\\_Finalversion\\_21Mai18.pdf](https://www.muttererde.at/motherearth/uploads/2018/05/FiBL_gWN_-Bericht_-100P-Bio_Finalversion_21Mai18.pdf) [Abgerufen am 24.11.18]

<sup>6</sup> <https://www.bmnt.gv.at/land/produktion-maerkte/Agrarstrukturerhebung-2016---erste-Ergebnisse-.html> [Abgerufen am 24.11.18]

<sup>7</sup> <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/freihandel-eu-importe-torpedieren-afrikas-wirtschaft-1.3314106>;  
[https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/49908/ssoar-2016-giesbert\\_et\\_al-Umstrittene\\_Freihandelsabkommen\\_mit\\_der\\_EU.pdf?sequence=1](https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/49908/ssoar-2016-giesbert_et_al-Umstrittene_Freihandelsabkommen_mit_der_EU.pdf?sequence=1) [Abgerufen am 27.11.18]

<sup>8</sup> [https://www.attac.at/fileadmin/dateien/2018\\_Broschuere\\_Ernaehrung\\_WEB.pdf](https://www.attac.at/fileadmin/dateien/2018_Broschuere_Ernaehrung_WEB.pdf) [Abgerufen am 27.11.18]

Landwirtschaft und Ernährungssicherheit gehen mit Bodenschutz Hand in Hand. In Österreich werden aktuell täglich ca. 12,9ha Fläche<sup>9</sup> versiegelt - und damit geht Tag für Tag auch ein Teil der Grundlage für unsere Lebensmittelversorgung verloren. Zusätzlich sind die Auswirkungen von industrieller Landwirtschaft auf Bodenerosion, Gewässergüte aber auch das Insektensterben keinesfalls außer Acht zu lassen. In Zeiten des Klimawandels brauchen wir eine Landwirtschaft, die sich möglichst nahe zu den Konsument\*innen befindet und eine pflanzenbasierte Ernährung mit verschiedensten Gemüse-, Obst- und Getreidekulturen ermöglicht.

Im Sinne des Bodenschutzes ist auch die berüchtigte dritte Piste abzulehnen. Sie wird eine Fläche von bis zu 661 ha versiegeln, die in Zukunft jedoch dringend für Nahrungsmittelerzeugung vonnöten sein wird. Dies ist auch dem ersten Erkenntnis des Bundesverwaltungsgerichts (BVWG) zu entnehmen<sup>10</sup>.

## ● ÖKOLOGISIERUNG DES STEUERSYSTEMS

Eine Veränderung des österreichischen Steuersystems in Richtung Ökologisierung ist keine brandneue Idee, sondern wird von verschiedensten Expertinnen und Experten bereits seit langem eingefordert<sup>11</sup>. Auch im Erarbeitungsprozess der Klima- und Energiestrategie war die Einführung einer öko-sozialen Steuerreform eine der häufigsten Forderungen aus der Zivilgesellschaft<sup>12</sup>. In der Strategie selbst wird lediglich die Abschaffung der Eigenstromsteuer genannt, die jedoch aufgrund der 25.000 kWh Grenze nur großen Unternehmen und der Industrie die Stromerzeugung vergünstigen wird. Dabei wäre eine grundlegende Steuerreform dringend notwendig, um fossile Energieträger und Energieverbrauch kostenwahr darzustellen und Umweltschäden den Verursacher\*innen zuzuordnen, gleichzeitig jedoch auch mehr Verteilungsgerechtigkeit zu erreichen. Selbst in der aktuellen wirtschaftlichen Denkweise würde es aus ökonomischer Sicht Sinn machen, das derzeit bestehende Marktversagen im Umweltbereich und die damit verbundenen ineffizienten Ergebnisse durch regulative Maßnahmen auszugleichen<sup>13</sup>. Hier kann insbesondere auch die Erfahrung aus Ländern wie Schweden oder Deutschland zusätzlich eine Hilfe darstellen - denn die internationalen Beispiele zeigen, dass ökologische Steuerreformen nicht nur eine CO<sub>2</sub>-Reduktion bewirken, sondern auch die Arbeitsmarktsituation und das BIP-Wachstum befördern können.<sup>14</sup>

Teil der Ökologisierung der Steuern müsste eine grundlegende Reform der Besteuerung sowie des Förderwesens in Österreich sein. Für beides gibt es bereits seit langem Modelle, Vorschläge und fundierte Berechnungen - die jedoch noch immer auf ihre Umsetzung warten.

---

<sup>9</sup> [http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/raumordnung/rp\\_flaecheninanspruchnahme/](http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/raumordnung/rp_flaecheninanspruchnahme/) [Abgerufen am 27.11.18]

<sup>10</sup> Lindenthal, T., Schlatzer, M., 100% Biolandbau in Österreich – Machbarkeit und Auswirkungen, FiBL, 2018; Agrarbündnis eV, Der Kritische Agrarbericht 2018; Bäuerinnenmanifest von der ÖBV

<sup>11</sup> u.a.: <http://www.greenpeace.org/austria/de/presse/presseaussendungen/Greenpeace/2015/Umweltallianz-Okologische-Steuerreform-darf-nicht-an-Mutlosigkeit-und-partecipolitischer-Taktik-scheitern/> [Abgerufen am 20.11.18]

<sup>12</sup> [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/VER/VER\\_00001/fname\\_695845.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/VER/VER_00001/fname_695845.pdf) [Abgerufen am 20.11.18]

<sup>13</sup> [https://www.global2000.at/sites/global/files/150307\\_Kurzpapier\\_%C3%B6kologisch\\_und\\_soziales\\_Steuermოდell\\_Final.pdf](https://www.global2000.at/sites/global/files/150307_Kurzpapier_%C3%B6kologisch_und_soziales_Steuermოდell_Final.pdf);

[http://www.fwu.at/assets/userFiles/Positionen\\_Stellungnahmen/2015/MitSteuernsteuernDeckblatt.pdf](http://www.fwu.at/assets/userFiles/Positionen_Stellungnahmen/2015/MitSteuernsteuernDeckblatt.pdf) [Abgerufen am 20.11.18]; Vorlesungsunterlagen Ökonomik externer Effekte und gesellschaftlicher Ressourcen (2018)

<sup>14</sup> <https://dievolkswirtschaft.ch/de/2015/05/co2-und-klimasteuern-lehren-aus-dem-ausland/> [Abgerufen am 27.11.18]

## CO<sub>2</sub>-Steuer

Fast alle bisherigen Modelle einer neuen, ökologischeren Steuerreform eint die Koppelung einer sozialen und einer ökologischen Komponente. So wird eine Steuersenkung beim Faktor Arbeit mit einer Steuererhöhung im Umweltbereich ausgeglichen und infolge aufkommensneutral mehr Kostenwahrheit erreicht. Die Klima- und Umweltkosten, die aktuell von der gesamten Gesellschaft getragen werden müssen, sollen durch diese Maßnahme nach dem Verursacher\*innenprinzip zugeteilt und nicht mehr externalisiert werden. Als wichtigstes, anreizorientiertes Instrument wird damit eine CO<sub>2</sub>-Steuer vorgeschlagen, die schrittweise eingeführt und erhöht werden sollte. Nicht zu vergessen ist bei einer öko-sozialen Steuerreform jedoch auch, dass die Verteilungsgerechtigkeit eine wichtige Rolle einnehmen muss. Für Menschen, die nicht von Steuern auf Arbeit betroffen sind und/oder prekär leben, gilt es, weitere steuerliche Senkungen oder Geldleistungen als Ausgleich zu berücksichtigen. Grundsätzlich sollte es das Ziel sein, sowohl die Kosten von Ressourcenverbrauch (bspw. Materialsteuer in Prozent des Gesamtpreises) als auch von Umweltverschmutzung abzugelten und das Risiko des Rebound-Effekts zu beachten.<sup>15</sup> Zusätzlich könnte sich Österreich bei in die EU eingeführten Produkten für Klimazölle einsetzen, um gegen eine Auslagerung von Umweltkosten vorzugehen.<sup>16</sup> Es braucht also einerseits neue Rahmenbedingungen und Anreize, um die Gesellschaft klimaschonender zu machen, und andererseits Maßnahmen, die soziale Ungleichheiten reduzieren.

## Saubere Subventionen

Aber auch die Förderungen und Subventionen in Österreich gilt es klar ökologischer zu gestalten. Die Regierung hat trotz bereits vorliegender Daten erneut geplant, hierfür eine Liste erstellen zu lassen, nennt aber keine konkreten Änderungsvorhaben. Das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) hat sich bereits 2016 mit Förderungen, die negative Umweltauswirkungen haben, beschäftigt und ein jährliches Volumen von 3,8 bis 4,7 Mrd. Euro an umweltschädlichen Förderungen ausgemacht. Von Pendler\*innenpauschale, Dienstwagen-Steuerbegünstigung, Mineralölsteuervergünstigungen bzw. -befreiungen, Steuerbegünstigungen im Flugverkehr bis hin zu Energiesteuerbefreiungen - es zeigt sich, dass es großen Handlungsbedarf gibt, um klimaschädliche Subventionen des Staates zu stoppen.<sup>17</sup> Hier braucht es jedoch keine neue Liste, sondern konkrete Schritte, wie diese Subventionen möglichst rasch abgestellt werden können. Geld von Steuerzahler\*innen sollte nicht dafür verwendet werden, die Klimakrise weiter zu verstärken, sondern eine Transformation herbeizuführen.

## ● VERKEHR UND MOBILITÄT

Wie die Regierung in der Klima- und Energiestrategie betont, ist außerhalb des Emissionshandels der Verkehr mit 46% Anteil an Gesamtemissionen der bedeutendste Sektor, wenn es um die Freisetzung von CO<sub>2</sub> und anderen Treibhausgasen geht. In ihm liegt aber auch eines der größten Potenziale, eine Änderung herbeizuführen. Die Regierung setzt sich mit der aktuellen Klimastrategie eine Reduktion von

---

<sup>15</sup>[https://www.global2000.at/sites/global/files/150307\\_Kurzpapier\\_%C3%B6kologisch\\_und\\_soziales\\_Steuermodell\\_Final.pdf](https://www.global2000.at/sites/global/files/150307_Kurzpapier_%C3%B6kologisch_und_soziales_Steuermodell_Final.pdf); <https://derstandard.at/2000072481432/Wifo-Studie-CO2-Steuer-wuerde-Emissionen-um-sieben-Prozent-pro>; [http://www.fwu.at/assets/userFiles/Positionen\\_Stellungnahmen/2015/MitSteuernsteuernDeckblatt.pdf](http://www.fwu.at/assets/userFiles/Positionen_Stellungnahmen/2015/MitSteuernsteuernDeckblatt.pdf); [Abgerufen am 27.11.18]

<sup>16</sup><https://derstandard.at/2000085027575/Wie-Klimazoelle-EU-Beitraege-sparen-koennten> [Abgerufen am 27.11.18]

<sup>17</sup>[https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=58641&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=58641&mime_type=application/pdf) [Abgerufen am 27.11.18]

30% - in absoluten Zahlen: eine Reduktion um rund 7,2 Mio tCO<sub>2eq</sub> von 22,9 Mio tCO<sub>2eq</sub> auf 15,7 Mio tCO<sub>2eq</sub> – zum Ziel. In unseren Augen ist dieses Ziel viel zu niedrig angesetzt. Liest man die aktuelle Klima- und Energiestrategie, kommt man zu folgendem Schluss: *Klimapolitik sei wirtschaftliche Einschränkungen nicht Wert und kann nur unterstützt werden, wenn daraus ein wirtschaftlicher Vorteil entspringt*. Das bedeutet, dass von außen kein Geld in unser lebens- und zukunftserschaffendes System Umwelt gesteckt werden wird!

Zur Emissionsvermeidung stützt sich die Regierung auf das simple Prinzip: vermeiden – verlagern – verbessern. Während dieser Ansatz grundsätzlich vernünftig ist, lässt die Strategie in der weiteren Ausarbeitung der Details und in der konkreten Umsetzung jedoch zu wünschen übrig. Darüber hinaus sind beinahe alle Maßnahmen im Infrastrukturbereich mit hohen Kosten verbunden. Die Vorsätze der Regierung, keine Schulden aufzubauen und gleichzeitig keine neuen Steuern einzuführen, stehen dem entgegen und erschweren eine Gegenfinanzierung und Umlagerung der Gelder (nicht nur) in diesem Bereich. Es wird sich hierbei offenbar zu viel aus privaten und industriellen Investitionen erwartet.

Damit ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Mobilitätssystem entsteht, funktioniert und erhalten werden kann, müssen Prozesse und der allgemeine Aufbau sozial gerecht, das heißt u.a. leistbar, sicher, aber auch offen für alle gestaltet sein. Einer Privatisierung und Industrialisierung des Verkehrs stehen wir dementsprechend misstrauisch gegenüber. Als Negativbeispiel lässt sich die British Rail anführen, die bereits in den 1990ern privatisiert und in 106 Firmen zerlegt wurde. Die Folgen waren eine mangelnde Wartung des Schienennetzes und infolge tödliche Unfälle, enorme Fahrkartenpreissteigerungen und eine massive Verschlechterung in der Pünktlichkeit der Bahn.<sup>18</sup> Der öffentliche Verkehr muss daher auch in öffentlicher Hand bleiben!

#### *Vermeiden:*

Die Lösung der allgemein bekannten Probleme – Zersiedelung und damit in Verbindung stehender zusätzlicher Verkehr und Bodenversiegelung - sieht die Regierung hier in einem Infrastruktur- und Raumordnungsplan. Wie dieser genau aussehen soll, wird nicht beschrieben. Allerdings beschreibt die Regierung Vorgänge, die gar nicht ihren Kompetenzen zufallen, vieles in der Raumordnung unterliegt den Ländern und Gemeinden.

#### *Verlagern:*

Für den Güterverkehr sollen Schiene und Binnenschifffahrt attraktiver gestaltet werden. Dabei wird außer Acht gelassen, dass vor allem für Wasserstraßen, aber auch für den Bahnverkehr, kaum Infrastruktur (Verladeknoten, Lagerhallen usw.) besteht. Bei Auf- und Ausbau dieser ist wiederum mit hohen Kosten zu rechnen. Neben den wirtschaftlichen Aspekten ist im Bereich der Wasserstraßen auch das Thema Umweltschutz ausschlaggebend. Allgemein sehen wir die Umsetzung der Gütertransportverlagerung auf den Wasserverkehr mittelfristig als unrealistisch. Aufgrund der Novellierung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) muss man einen Bereich wie diesen, in dem sich wirtschaftliche und Umwelt- bzw. Klimaschutzinteressen gegenüberstehen, noch genauer und noch kritischer betrachten und hinterfragen. Die Gefahr durch Eröffnung neuer Wege und Transportmöglichkeiten zusätzlichen Verkehr zu produzieren, statt ihn zu verlagern, wird in der Strategie nicht weiter behandelt. Es ist zu hinterfragen, ob durch eine Aufwertung von Schiene und Wasser ein tatsächlicher Rückgang des Güterverkehrs auf der Straße stattfinden wird.

Der individuelle Personenverkehr soll auf Rad, Fuß, Sharing- und Pooling-Konzepte, aber vor allem auf den öffentlichen Verkehr (ÖV) verlagert werden. Auch hier wird wiederum viel von Investitionsattraktivierung und neuen Geschäftsmodellen gesprochen. Warum die Regierung vom

---

<sup>18</sup> <https://www.tagesspiegel.de/kultur/trainspotting-geschichten-fuer-geplagte-s-bahn-fahrer/3690118.html>  
[Abgerufen am 13.11.18]



Umstieg sprich, andererseits fossile Großprojekte, wie die dritte Piste oder den Lobautunnel, vorantreibt bleibt zu hinterfragen. Problematisch finden wir hier insbesondere, dass der Versuch, dies zu bewerkstelligen, überhaupt nicht berücksichtigt, dass der PKW und seine benötigte Infrastruktur das bzw. Teil des Problems ist. Der Umstieg auf Fahrrad und ÖV wird nicht gefördert, solange Automobilität (ob elektrisch oder fossil) so stark unterstützt, ausgebaut und attraktiver gemacht wird, wie bisher. Autofreie Stadtzentren, erweiterte Begegnungszonen oder andere, den PKW einschränkende Maßnahmen sind für die Regierung kein Thema. Es wäre wichtig, Bewusstseinsbildung über die versteckten Mehrkosten eines Autos zu starten, damit jede Person von sich aus eine fundierte Entscheidung treffen kann.

Auf der anderen Seite sind reine Einschränkungen und Verbote gegenüber dem PKW nicht die Lösung. Damit eine tatsächliche Verlagerung gelingt müssen der ÖV und andere nachhaltige und sozial verträgliche Fortbewegungsmittel ausgebaut und vor allem besser leistbar gemacht werden. Gerade in ländlichen Gebieten sind Menschen aktuell vielerorts von einem Auto abhängig, hier braucht es daher ein grundlegendes Umdenken in der Verkehrs- und Raumplanung, um eine klimafreundliche Mobilität überhaupt zu ermöglichen.

Bemerkenswert ist auch: die Reduktion des Flugverkehrs wird in der gesamten Strategie kaum bearbeitet. Dass er eine der größten Gefahren für das globale Klima ist, ist aber eigentlich unbestritten. Nur in einem Nebensatz wird erwähnt, dass Nachtzugverbindungen als Alternative zum Fliegen angedacht sind. Eine weitere Förderung (z.B. durch die Halbierung der Ticketabgabe und die vehemente Ablehnung einer Ausdehnung der Mineralölsteuer auf Kerosin!) der Flugindustrie und der Ausbau des Flughafens Wien Schwechat ist mit einer klimafreundlichen Politik nicht vereinbar. Hier ist der tatsächliche Wille der Regierung zu hinterfragen.

#### *Verbessern:*

Bio-Kraftstoffe sind äußerst kritisch zu betrachten, da ihre Produktion unter anderem mit einem enormen Flächenverbrauch, den Österreich nicht stemmen kann, einhergeht. Der Verlust der Artenvielfalt durch monokulturellen Anbau ist unbestritten. Auch bei Betrachtung der gesamten, energieintensiven Prozesskette wird klar, dass Biokraftstoffe keinesfalls emissionsneutral sind. Neben der technischen Diskussion möchten wir aber auch auf ethische Bedenken hinweisen. Nahrungsmittel zu Treibstoff zu verarbeiten, endet in der bekannten „Tank-oder-Teller-Diskussion“, bei der sich die ÖH BOKU klar für eine verantwortungsbewusste Produktion und eine faire Verteilung von Agrarprodukten ausspricht! Somit sehen wir Bio-Kraftstoffe nur dann als geeignete Alternative, wenn sie aus 100% Reststoffen (Küchenabfälle, Molkereiabfälle, ...) gewonnen werden und im besten Fall direkt von den Landwirt\*innen selbst produziert und genutzt werden. Ansonsten sehen wir damit kaum eine Verbesserung des Status-Quo. Hier eine eigene Großinfrastruktur aufzubauen und voranzutreiben wäre demnach (auch volkswirtschaftlich) bedenklich. Dem Argument, dass Bio-Kraftstoffe die einzige Antriebsmöglichkeit für Schwer- und Langstreckentransporte darstellen, steht die von der Regierung kaum beachtete Wasserstofftechnologie entgegen, die jedoch auch keine problemfreie Lösung darstellt.<sup>19</sup> Andererseits wären auch Oberleitungen für E-LKWs als Alternative nicht auszuschließen.

Das Vorantreiben der Elektrifizierung im Verkehr begrüßen wir insofern, als dass sie von den mittelfristigen, nachhaltigen Alternativen derzeit die realistischste ist. Aus moralischer Sicht bleibt zu hinterfragen, ob dies aus rein wirtschaftlichem Interesse passiert oder ob tatsächlich nachhaltige Klimaschutzgedanken dahinter stehen. Langfristig ist zu bedenken, dass PKWs - ob elektrisch oder nicht - in der massiven Nutzung, wie wir sie betreiben, grundsätzlich mit einer nachhaltigen Gesellschaft schwer zu vereinen sind. Der PKW-Verkehr ist verglichen zum ÖV absolut ineffizient, beeinflusst das

---

<sup>19</sup><https://www.vcoe.at/service/fragen-und-antworten/Warum-nicht-auf-brennstoffzelle-oder-treibstoffe-aus-wasserstoff-warten> [Abgerufen am 27.11.18]

Stadt-, Orts- und Landschaftsbild dramatisch und bringt Gefahren, Lärm und Stress in den öffentlichen Raum. Diese Betrachtungen finden nicht einmal ansatzweise in der österreichischen Klima- und Energiestrategie Platz.

- **WÄRME UND WOHNEN**

Die im Klima- und Energiestrategie-Papier angegebenen Ziele zur CO<sub>2</sub>-Einsparung im Wärme- und Wohnbereich sind recht ambitioniert. Zur Zielerreichung werden die dafür in der Strategie vorgesehenen Maßnahmen jedoch auch in diesem Fall wohl kaum ausreichen.

Ein gutes Beispiel hierfür ist der geplante Ausstieg aus Ölheizungen im Neubau sowie der Umbau bestehender Ölheizsysteme auf erneuerbare Energieträger. Dies soll sukzessiv in den nächsten 20-30 Jahren passieren. Das ist aber zu langsam! Auf eine Umstellung des Ölheizungsbestandes können wir nicht bis 2025 warten, sondern müssen sofort beginnen, um bis 2030 Ölheizungen aus dem Wärmemarkt vollständig zu verdrängen. Dies ist laut GLOBAL 2000-Wohnbaueck<sup>20</sup> jetzt noch möglich, wenn alle politischen Maßnahmen ergriffen werden, um die Bauordnungen der Bundesländer nachzubessern und den Förderungen der Mineralölindustrie (14,8 Millionen Euro im Jahr 2016) entgegenzuwirken. In schlecht sanierten Altbauten könnte Biomasse als Ersatz für Ölheizungen dienen, wobei hierfür Nahrungsmittel keine Variante darstellen dürfen. In Neubauten muss auf solche Alternativen aber verzichtet und auf andere, modernere Lösungen, wie bspw. Solarwärme oder Wärmepumpen, gesetzt werden.

Weg vom starren Stromnetz, hin zu Eigenstrom und gemeinschaftlicher Unterstützung.

Wir begrüßen das geplante *100.000-Dächer-Photovoltaik- und Kleinspeicher-Programm*, das mittels Förderungen, Wegfall der Eigenstromsteuer sowie der Schaffung von Rahmenbedingungen für Mikronetze, den Ausbau von Photovoltaik beschleunigen soll. Allerdings werden auch hier weder konkrete finanzielle Mittel noch Einzelheiten über die Ausgestaltung des Programms angegeben, sodass das Projekt in der Strategie eher nach Wunsch als nach Plan klingt.

Ohne Förderungen ist das Gewerbe für PV-Anlagen momentan nahezu stillgelegt.<sup>21</sup> Wir fordern daher rasche Subventionen für die Errichtung von Anlagen mit starkem Fokus auf Kleinspeicher, denen eine essenzielle Rolle für Nacht- und Winterphasen zukommt, um vor allem Privathaushalten, aber auch größeren Wohnbauten, steigende Eigenstromerzeugung zu ermöglichen. Dadurch könnten letztendlich lokale Kleinnetzwerke über mehrere Nachbarhäuser entstehen, die mittels gegenseitiger Unterstützung durch Verteilung von Energieüberschüssen die lokale Stromnachfrage gut ausgleichen könnten. Hierfür braucht es aber klare, politische Rahmenbedingungen und einen konkreten Zeitplan, um den Menschen einen solchen Umstieg zu ermöglichen.

Weiters wird in der Strategie die absolut notwendige Sanierung von Gebäuden angesprochen. Es stimmt, dass eine Erhöhung der Sanierungsrate auf 3% pro Jahr den Raumwärmebedarf bis 2050 um 65-70% senken könnte.<sup>22</sup> Eine solche Energiereduktion wäre absolut essentiell, um auf die angestrebten 100% erneuerbarer Energie zu kommen. Stattdessen wurde aber im ersten Entwurf der Strategie von einer Sanierungsrate von 2,5% gesprochen, die im aktuellen Papier nochmal auf lediglich 2% gesenkt wurde. Doch selbst für diesen Prozentsatz sind budgetäre Mittel, bzw. steuerliche Erleichterungen, nicht vorgesehen.

Neben gering gesteckten Sanierungszielen und schwachen Maßnahmen zu deren Erreichung findet sich in der Strategie gleichzeitig ein Lob für den seit 2005 stattfindenden, sinkenden Trend der Treibhausgasemissionen im Gebäudebereich, der auf bereits vollzogene Sanierungsarbeiten und

---

<sup>20</sup> <https://www.global2000.at/publikationen/wohnbaueck-2018> [Abgerufen am 20.11.18]

<sup>21</sup> <https://www.pv-magazine.de/2018/04/03/oesterreich-plant-100-000-daecher-programm-fuer-photovoltaik-und-heimspeicher/> [Abgerufen am 20.11.18]

<sup>22</sup> [https://greenpeace.at/assets/uploads/pdf/presse/IKES\\_Greenpeace%20Analyse.pdf](https://greenpeace.at/assets/uploads/pdf/presse/IKES_Greenpeace%20Analyse.pdf) [Abgerufen am 20.11.18]

Umstellungen auf erneuerbare Energieträger zurückzuführen sei. Klimabereinigt zeigt sich allerdings, dass diese Rückläufe auf die zunehmend wärmeren Winter der letzten Jahrzehnte zurückzuführen sind.<sup>23</sup> Anstatt die bereits einsetzenden Folgen des Klimawandels als eigene Sanierungserfolge zu verkaufen, fordern wir die Regierung auf, ihre thermische Sanierungsoffensive deutlich nachzuschärfen und zu konkretisieren. Sanierungen großer Wohnbauten werden beispielsweise häufig durch komplizierte Besitzverhältnisse erschwert. Dem muss gesetzlich streng entgegenwirkt werden, indem Sanierungen solcher Häuser ab einer gewissen Energiegrenze verpflichtend gemacht werden.

Die Regierung darf aber keinesfalls sparen und das Klima- und Umweltschutzbudget sogar, wie angekündigt, in den nächsten 5 Jahren um 300 Millionen Euro kürzen. Stattdessen muss bewusst öffentliches Geld in die Hand genommen und thermische Gebäudesanierung forciert werden! Außerdem braucht es Gesetze, welche die Reduktion von Energieverbrauch attraktiv machen (wie etwa Steuererleichterungen für energiesparende Haushalte), um private Verbraucher\*innen zur Reduktion anzuregen.

Nicht zu vergessen ist im Wohnbereich auch, dass weitere Zersiedelung und Flächenverbrauch auch im Sinne des Klimaschutzes eingeschränkt werden müssen. Auch hier werden reine Bekenntnisse zu keiner Änderung der Raumplanungspraxis führen. Da bereits die heutigen Entscheidungen in der Raumplanung die Entwicklung in der Zukunft massiv beeinflussen, muss hier dem Klimaschutz und damit auch dem Schutz des Treibhausgasspeichers Boden in der Praxis endlich entscheidende Bedeutung zukommen. Statt einer kurzfristigen, ressourcenbeanspruchenden und wachstumsgetriebenen Planung braucht es die Rückbesinnung auf eine sparsame Bodenverwendung.<sup>24</sup> Klare Maßnahmen sind daher notwendig, um vorhandenen, aber leerstehenden, Wohnraum einer Nutzung zuzuführen, Spekulation mit Boden und Wohnraum zu verhindern, Kostenwahrheit bei der Erschließung von Grundstücken herzustellen, die überörtliche Raumplanung zu bestärken und die weitere Zersiedelung von Orten zu verhindern.<sup>25</sup> Ohne einer grundlegenden Neuausrichtung und Strukturänderung in der Kompetenzaufteilung der Raumplanung dürfte es hier jedoch zu großen Schwierigkeiten bei der Umsetzung kommen.

Generell gilt: Forschung und Technologien für nachhaltige Wärmesysteme und Energiegebrauch sind bereits seit Jahren vorhanden. Politische Maßnahmen, um solche Projekte großflächig umzusetzen, sie für Verbraucher\*innen attraktiv zu machen und vor allem leistbar anzubieten, lassen aber weiterhin auf sich warten.

Der politische Unwille von vorhandenen, schädlichen Systemen wegzukommen, zeigt sich damit in der Klima- und Energiestrategie *mission 2030* leider durchgehend sehr deutlich.

---

<sup>23</sup> [https://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/energie\\_umwelt\\_innovation\\_mobilitaet/energie\\_und\\_umwelt/energie/energieeinsatz\\_der\\_haushalte/index.html](https://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/energie_und_umwelt/energie/energieeinsatz_der_haushalte/index.html) [Abgerufen am 20.11.18]

<sup>24</sup> [http://www.rali.boku.ac.at/fileadmin/data/H03000/H85000/H85500/materialien/rorpl/Einheit\\_Raumordnung\\_Klimaschutz.pdf](http://www.rali.boku.ac.at/fileadmin/data/H03000/H85000/H85500/materialien/rorpl/Einheit_Raumordnung_Klimaschutz.pdf) [Abgerufen am 20.11.18]

<sup>25</sup> <http://www.gat.st/news/bodenfrass-ohne-ende-nein-danke> [Abgerufen am 20.11.18]